

EUROPA

„Notorische Nähe“

EU-Kommissarin Edith Cresson hat offenbar auch eine Firmen-Gruppe aus Paris, deren Geschäftsführerin sie früher selbst war, ins Geschäft mit der Europäischen Kommission gebracht. Die Industrie-Beratungsgesellschaft S.I.S.I.E., in deren Verwaltungsrat ehemalige Berater der früheren Premierministerin Cresson sitzen, steht im Verdacht, bei Osteuropa-Programmen der EU mit Straßenbauprojekten mehrere Millionen Mark verdient zu haben. Leiter der Programme ist der frühere EU-Kabinettschef von Cresson, François Lamoureux. Unterfirmen von S.I.S.I.E. sollen ebenfalls von EU-Aufträgen profitiert haben.

Betrugermittler prüfen derzeit, an welchen Programmen die Lobbyfirma und ihre Ableger noch partizipieren. Sie gehen zudem der Frage nach, ob Cresson weiterhin Anteile hält. Zwischen 1991 und 1992 betrieb die Gesellschaft auch eine Filiale



Cresson

A. MAHER / SYGMA

in Ost-Berlin. Wegen Mißmanagements bei dem von Cresson verantworteten EU-Bildungsprogramm Leonardo durchleuchtet derzeit auch die Finanzkontrolle der Kommission die Bücher. Bei Leonardo hat die Bildungskommissarin 1996 den Ökonomie-Professor Jean-Louis Reiffers mit einem Auftrag von weit über 100 000 Mark versorgt. Ein internes Schreiben der Kommission moniert die „notorische Nähe“ des Professors zu Cresson. Reiffers hatte zuvor bereits bei den Vorbereitungen zu einem EU-Bildungsweißbuch mitgewirkt.

SCIENTOLOGY

Noch unscharf

Die Verfassungsschutzbehörden von Bund und Ländern wollen die Scientology-Organisation auch weiter-



Scientologen-Demonstration (in Berlin 1997)

ERIKSSON / SIEBENHEIT / SYGMA

hin beobachten. Zu diesem Fazit kommt ein 102 Seiten starker Bericht, den die Staatsschützer nach einem Jahr Beobachtung der Psycho-Sekte der Innenministerkonferenz zugeleitet haben. Darin stellen die Behörden fest, daß die Organisation in Deutschland zwar weit kleiner und weniger gefährlich sei als bisher angenommen, plädieren aber für weitere Observation: Schließlich würden auch weit kleinere extremistische Gruppen beobachtet. Zudem wollen die Verfassungsschützer noch weiter aufklären, ob die Scientologen die Parteien unterwandert haben. Die bisherigen Erkenntnisse gelten als „noch zu unscharf“.

ZWANGSARBEITER

Ultimatum an Bonn

In einem Schreiben an das Bundesfinanzministerium verlangt der polnische Verband ehemaliger politischer Häftlinge „zügige Verhandlungen“ über eine Wiedergutmachung für seine rund 27 000 noch lebenden Mitglieder. Ansonsten werde der Verband, so dessen Bremer Anwalt Dieter Dette, bald Klage einreichen. Die Polen, die als KZ-Insassen Zwangsarbeit leisten mußten, hät-

ten, heißt es in dem Brief, bislang „keinerlei Leistungen, etwa nach dem Bundesentschädigungsgesetz, erhalten“. Nur die Stiftung deutsch-polnische Aussöhnung habe ihnen einmalig je 500 Mark gezahlt. Bundeskanzler Gerhard Schröder, der einen Fonds zur Entschädigung der Zwangsarbeiter auflegen möchte, der vor allem von der Industrie gespeist werden soll, wehrte bei seinem Antrittsbesuch in Polen in der vergangenen Woche „falsche Erwartungen“ ab: Die Stiftung werde aus Bonn voraussichtlich keine weiteren Gelder erhalten.

FALLSCHIRMJÄGER

Kommandeur weg

Oberst Friedrich Jeschonnek, Kommandeur der Luftlandeschule der Bundeswehr im oberbayerischen Altenstadt, wird von seinem Posten entfernt. Hintergrund ist die fragwürdige Traditionspflege an der Ausbildungsstätte der Fallschirmjäger. Sie war im Bonner Untersuchungsausschuß über rechtsradikale Umtriebe in der Bundeswehr kritisiert worden. Trotzdem ließ Jeschonnek noch im Sommer einen Saal der Kaserne nach dem Hitler-General Kurt Student benennen. Zudem hatte Jeschonnek gezögert, nach umstrittenen Wehrmachtsgenerälen benannte Straßen auf dem Kasernengelände umzutaufen. Der neue Chef des Heeresamtes, Generalmajor Manfred Dietrich, hat jetzt die Umbenennung des Saales und der Straßen befohlen.

Zitat

»Ich bin auch früher nicht im Baströckchen rumgelaufen und habe meine Blöße nicht mit Blättern abgedeckt.«

Außenminister Joschka Fischer über das Interesse an seiner Kleidung